

POSTULAT
der Grossräte Jean-Albert Ferrez (PDCB), Nicolas Voide (PDCB) und Jean-François Copt (GRL) betreffend Heimat- und Wohnbezirk der Kaderleute der Verwaltung (14.06.2007) 1.172

In seinem Kommentar vom Mittwoch, 6. Juni 2007, beklagt sich der Chefredaktor des Walliser Boten, Pius Rieder, unter Berufung auf Fakten darüber, dass in den letzten zwei Jahren fünf Oberwalliser Dienstchefs durch Unterwalliser ersetzt worden sind. Zudem geht anlässlich gewisser Ernennungen ein regelrechter Aufschrei durch die Randregionen. Der Staatsrat wird es nicht müde zu betonen, dass eines der Ziele seiner Politik darin bestehe, die Entvölkerung der Seitentäler zu verhindern. Allerdings scheint er selbst diesem Ziel nicht gerade nachzuleben. Die geographische Nähe des Wohnorts eines Kandidaten darf doch angesichts der Qualität der Verkehrswege heutzutage kein Ernennungskriterium mehr sein.

Mit diesem Postulat fordern wir die Führung einer Statistik, um einerseits die Transparenz zu gewährleisten und andererseits um sicherzustellen, dass im Falle eines deutlichen Ungleichgewichts entsprechende Ausgleichsmassnahmen ergriffen werden.

Der Staatsrat muss umgehend eine detaillierte Auflistung von sämtlichen Mitarbeitenden in Führungspositionen (Dienstchefs und übrige hohe Beamte) mit Namen, Vornamen, Funktion beim Staat, Jahr der Ernennung in die leitende Funktion, Heimatbezirk und Wohnbezirk erstellen. Diese Auflistung gilt es anschliessend regelmässig zu aktualisieren. Was die übrigen vom Staatsrat ernannten Personen anbelangt, namentlich die Vertreter in den verschiedenen Verwaltungsräten (GNW, WEG, WKB...), genügt die Anzahl Personen pro Heimat- und Wohnbezirk. Die Unterscheidung zwischen Heimat- und Wohnbezirk ist wichtig: Während Ersterer die regionalen Sensibilitäten der Person beeinflusst, hat Letzterer offensichtliche wirtschaftliche und steuertechnische Auswirkungen.

Grundsätzlich muss betont werden, dass Ernennungen oder Bezeichnungen nicht durch regionalistische Kriterien beeinflusst werden sollten, sondern vielmehr aufgrund der für den jeweiligen Posten erforderlichen Kompetenzen erfolgen müssen. Allerdings muss der Staatsrat Ausgleichsmassnahmen ergreifen und zwar im Einklang mit den Bestimmungen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens (z.B. bei Vergabe von Expertenmandaten oder durch andere für geeignet erachtete Massnahmen).

Sitten, den 14. Juni 2007
(09.05 Uhr)

Jean-Albert Ferrez, Grossrat (PDCB)
Nicolas Voide, Grossrat (PDCB)
Jean-François Copt, Grossrat (GRL)